

HAMBURG

14 KITA-STREIK IN HAMBURG

INTERNATIONAL

6 CHINA IN AUFRUHR

BREMEN

16 STEUERGEDVERSCWEN-
DUNG IN BAU UND VERKEHR

BRD

8 LAUTERBACH-REFORM:
ANGRIFF AUF GESUNDHEIT

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 REULS PERISKOP

FRAUEN

10 GRUND ZU REBELLIEREN
GEGEN DAS PATRIARCHAT

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 WARNSTREIKS IN DEN
UNIKLINIKEN

BERLIN

12 BERLINER ÄMTER

KULTUR

22 REZENSION: „AM ENDE
DER WORTE“

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

**DORTMUND: GROSSDEMONSTRATION
GEGEN RASSISTISCHE POLIZEIGEWALT**

CHINA IN AUFRUHR

**LAUTERBACHS REFORM: ANGRIFF AUF
DIE GESUNDHEIT UNSERER KLASSE**

**WARUM FRAUEN IN DER BRD ALLEN GRUND
HABEN, GEGEN DAS PATRIARCHAT
ZU REBELLIEREN**

**BERLINER ÄMTER – DASS WIR IHNEN
EGAL SIND, DAS BETONEN SIE GERNE.**

KITA-STREIK IN HAMBURG

**STEUERGELDVERSCHWENDUNG IN
BAU UND VERKEHR**

REULS PERISKOP

WARNSTREIKS IN DEN UNIKLINIKEN

**VON DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI
(NICHT) EMPFOHLEN:
„AM ENDE DER WORTE“**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Jahr geht vorbei, an dessen Ende nichts mehr so ist wie am Anfang. Der Überfall des russischen Imperialismus auf die Ukraine, der imperialistische Krieg, der bis heute andauert, hat seine Spuren in jedem Land, in jeder Form des gesellschaftlichen Lebens hinterlassen. Es gibt kein Zurück zu früher mehr, das muss klar sein. Es ist seit Beginn der Krise 2020 der erste größere begonnene imperialistische Krieg, doch er ist nur eine Eröffnung für das Leid und Elend, was die Imperialisten in Zwist und Verschwörung noch über die Völker der Welt bringen werden. Aktuell können wir die Proteste und Kämpfe von Ende November gegen die faschistische Regierung in China sehen. Wir sehen die Lage des Volkes in Sri Lanka, wo, nachdem die alte reaktionäre Regierung gestürzt wurde, mit Präsident Ranil Wickremesinghe ein neuer Lakai der Imperialisten an der Macht ist, die Wirtschaftskrise so schlimm wie nie ist und ein Drittel der Bevölkerung in Hunger lebt. Dort hat sich unter Beweis gestellt, dass auf den einen Landesverkäufer nur der nächste folgen kann, der den Imperialisten dabei hilft, die Krise auf die unterdrückten Völker abzuwälzen, – wenn an der Spitze des Kampfes nicht eine Partei steht, die voll und ganz die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen vertritt, die Kommunistische Partei.

Der Bundestag hat in den vergangenen Tagen mehrere Gesetze verabschiedet bzw. Stand jetzt diskutiert, auf die viel Aufmerksamkeit gerichtet wurde. Einmal die Einführung des „Bürgergeldes“ statt Hartz IV ab 2023, von der bürgerlichen Presse begleitet mit der Lüge, dass es „noch mehr zum Faulsein und arbeitslos sein“ einladen würde. Die tatsächlichen Leistungen beinhalten kaum Änderungen, der geänderte Grundsatz gleicht die Inflation kaum aus, die Schikane gegen Familien in Armut durch das Job-Center ist weiterhin möglich. Lediglich die SPD ist das schlechte Image von Hartz IV los.

Die Vorschläge für ein Gesetz zur „Einwanderung von Fachkräften“ entblößen die imperialistische Fäulnis der BRD in voller Breite. Arbeitsminister Hubertus Heil sagt *„Deutschland braucht in Zukunft alle helfenden Hände und klugen Köpfe“*, und meint damit, dass sie den Anspruch haben, sich aus anderen Ländern, aus unterdrückten Nationen, wie es ihnen beliebt, an Menschen zu bedienen, die sie ausbeuten können. Besonders in Pflege und Kinderbetreuung, wo sich dieses Jahr das „Versagen“ des Sozial- und Gesundheitssystems mehr denn je offenbart hat, aber auch in Handwerksberufen etc., sollen Menschen aus der dritten Welt für geringen Lohn die Arbeit erledigen und damit die „Lücken füllen“. Auch für die schlechtbezahlteren Jobs werden migrantische Fachkräfte egal welchen Berufs gesucht – wie die Tagesschau schreibt: *„Ein Mechaniker könnte etwa als Lagerist oder eine Polizistin als Kellnerin angeworben werden.“* Die Einbürgerung soll schneller gehen, doch dabei sieht der Gesetzesentwurf vor, dass bestimmte Auflagen erfüllt werden müssen, die am Ende zeigen sollen, dass die Migranten „gute Deutsche“ geworden sind und sich brav vom deutschen Imperialismus ausbeuten lassen, ohne ein Wort dagegen zu sagen. Wer sich nicht assimilieren lassen will, hat dagegen keine Chance mehr. Und die CDU treibt den imperialistischen Chauvinismus sogar noch weiter auf die Spitze mit ihren Aussagen über ein „Verramschen der Staatsbürgerschaft“, die sie den Plänen der Ampel entgegenhalten.

Das einzige, was gerade tatsächlich verramscht, ist die parlamentarisch-demokratische Fassade der Diktatur der Bourgeoisie. Die Art und Weise, wie dort von allen Seiten Debatten geführt werden, ist mittlerweile auf ein Niveau herabgesunken, das die Interessen der deutschen Imperialisten überhaupt nicht mehr verdeckt. Völlig offen werden Großmachtsansprüche zur Tagesordnung gebracht, Lügen verbreitet und Kriegshetze gemacht. Das Vertrauen in das Parlament, in die bürgerlichen Politiker, in das System, sinkt dementsprechend immer mehr. Unsere Korrespondenten aus den unterschiedlichen Bundesländern berichten uns, dass sich die Menschen in den Arbeitervierteln bei ihnen immer mehr über das dauerhafte Gelüge der bürgerlichen Politiker und der bürgerlichen Presse erzürnen. Wir sehen uns bestätigt. Die Realität vor den Augen der Ausgebeuteten verstecken – das ist der Weg, den die Ausbeuter gehen. Die Kommunisten gehen einen anderen Weg. Ihr haltet ein Stück Wahrheit in den Händen.

BILD DES MONATS



Am 19. November rief ein breites Bündnis in Dortmund zu einer bundesweiten Großdemonstration gegen rassistische Polizeigewalt auf, die von etwa 2.500 Teilnehmern besucht wurde. Konkreter Anlass war der grausame Mord der Polizei an dem 16-jährigen Mouhamed L. Dramé in der Dortmunder Nordstadt. Der geflüchtete Jugendliche aus Senegal wurde am 8. August von den Dortmunder Bullen auf abscheulichste Art und Weise mit einer Maschinenpistole ermordet.

Quelle: Dem Volke Dienen

Esgit



Shahin
Schreibs Polityoi!

SEID KEINE SICHERHEIT!
COPS ENTWAFFNEN
»NRW.NIKA.MOBI«

Policebrutality!
Polizeigewalt!

MOUHAMED

MOUHAMED

JUSTICE FOR
YAZAN

JUSTICE FOR
MOUHAMED

JUSTICE FOR
MOUHAMED

JUSTICE FOR
MOUHAMED

1000 Mouhameds
verdienen Gerechtigkeit!



CHINA IN AUFRUHR



Aufstand in der iPhone-Fabrik in Zhengzhou

Demonstrationen gab und gibt es „im kleinen Rahmen“, in den Provinzen und Regionen in China, immer wieder. Diese richten sich meist gegen Amtsträger oder Sekretäre und örtliche Komitees der revisionistischen Partei. Wenn auch meist räumlich und zeitlich stark begrenzt, entwickeln sich auch solche Kämpfe durchaus heftig, so z.B. der „Tonghua-Iron-Group-Vorfall“, wo wütende Arbeiter einen Manager tot schlugen.

Die Proteste, die nun im November stattgefunden haben, überwinden die räumlichen Begrenzungen. Sie sind Kämpfe auf nationaler Ebene gegen die Regierung von Xi Jinping, den Staat der Diktatur der Bourgeoisie und das faschistische Regime. Mitte November brachen in der im Süden Chinas gelegenen Stadt Guangzhou Demonstranten aus aufgrund von Corona-Maßnahmen abgesperrten Gebäuden aus, um Gesundheitspersonal zu konfrontieren und Lebensmittelvorräte zu plündern. Ende November organisierten dort Scharen von Wanderarbeitern nach mehr als dreiwöchiger Isolation einen heftigen Protest. Arbeiter der Textilindustrie, welche durch extrem lange Arbeitstage und sehr niedrige Löhne ausgebeutet werden, gingen auf die Straße, um gegen die Nahrungsmittelknappheit zu protestieren. Sie rissen Zäune und Anti-Corona-Barrikaden nieder. Außerdem soll es dort auch zu direkten Auseinandersetzungen zwischen Anwohnern und

der Polizei gekommen sein, wie sie in im Internet kursierenden Videos zu sehen sind.

In einer iPhone-Fabrik in Zhengzhou in Zentralchina, auch als iPhone-City bekannt, wo 200.000 Menschen arbeiten und etwa 70 Prozent der weltweiten iPhone-Produktion leisten, stießen Tausende Arbeiter mit der Bereitschaftspolizei zusammen und rissen Barrikaden nieder. Die Arbeiter von Foxconn, wie die Fabrik von Apple heißt, denunzierten die Nicht-Auszahlung von Prämien sowie die Zusammenlegung von neuen Arbeitern mit solchen, die positiv auf Covid getestet wurden. Zuvor waren im vergangenen Monat Tausende von Arbeitern wegen eines COVID-19-Ausbruchs aus dem Foxconn-Werk geflohen. Im Allgemeinen ist das Werk für unwürdige Arbeitsbedingungen, Unfälle und Suizide bekannt. Im Jahr 2010 begannen Arbeiter, sich dort umzubringen. Arbeiter nach Arbeiter stürzte sich von den hoch aufragenden Wohnheimgebäuden, manchmal am helllichten Tag, in tragischer Verzweiflung – und aus Protest gegen die Arbeitsbedingungen im Inneren. Immenser Stress, lange Arbeitstage, körperlich sehr anstrengende Arbeit und aggressive Chefs, die dazu neigten, Arbeiter zu beschimpfen und zu demütigen, Bußgelder für Fehler oder langsames arbeiten und uneingelöste Leistungsversprechen, wie Prämien oder Zuschläge für Überstunden, sind dort Normalität. Heute müssen

die Arbeiter dort in Schlafsälen nächtigen und dürfen die Anlage nicht mehr verlassen. Die meisten Arbeiter halten diese Zustände nicht länger als ein Jahr aus.

Eine ganze Nacht lang kam es zu Zusammenstößen zwischen Tausenden von Arbeitern, der Bereitschaftspolizei und dem Gesundheitspersonal. Dabei wurden auch Lebensmittelvorräte konfisziert. Die martialisch ausgerüstete Polizei wurde massiv angegriffen, sogar mit Zäunen und Stahlträgern beworfen.

Des weiteren kam es zu Protestmärschen in der Hauptstadt Peking und anderen Millionenstädten wie Schanghai, Chengdu, Chongqing, Wuhan, Nanjing, Xi'an und Guangzhou. Auch an Hochschulen wie der Tsinghua-Universität in Peking regt sich Unmut; vielerorts wurde dabei die Internationale angestimmt. An den Protesten in Schanghai nahmen sehr viele Menschen teil. Zwischen Mitternacht und etwa vier Uhr morgens versammelten sich die Menschen an der Kreuzung Wulumuqi Lu / Anfu Lu in Gedenken an die Menschen, die bei einem Feuer in einem Hochhaus in Urumqi, einer Stadt in der nordwestchinesischen Provinz Xinjiang, ums Leben gekommen waren, weil durch den seit über 100 Tagen andauernden Lockdown in der Stadt die Eingänge versperrt waren und die Feuerwehr nicht rechtzeitig retten konnte. In Peking wehrten sich Anwohner in zahlreichen Wohnblocks gegen Abriegelungen. In der Stadt Nanjing im Osten des Landes protestierten Studierende auf ihrem Campus. Als Symbol des Widerstands und des Protests gegen die Zensur hielten viele Demonstranten unbeschriebene weiße Blätter hoch. Sie forderten den Rücktritt von Staatschef Xi, riefen „*Xi Jinping, tritt zurück!*“

Die Reaktion bedient sich nun zweierlei Methoden. Zum einen werden Zugeständnisse gemacht. So kündigte Pekings Stadtverwaltung an, keine Zäune mehr aufzustellen, um den Zugang zu Wohnanlagen zu blockieren, in denen Corona-Infektionen bestätigt wurden. Teilweise sollen Einwohner nicht mehr zu Massentests verpflichtet werden, und so weiter. Auf der anderen Seite werden die Städte massiv von der Polizei kontrolliert und Protestierenden wird gedroht. Bei der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua hieß es unter anderen: „*Wir müssen nach dem Gesetz hart gegen Infiltration und Sabotage feindlicher Kräfte durchgreifen*“, und „*kriminelle Aktionen, die die soziale Ordnung stören*“, müssten verfolgt werden.

Der Charakter der gegenwärtigen Kämpfe zeigt sowohl die Entwicklung des Widerspruchs zwischen

Proletariat und Bourgeoisie in China, ausgedrückt im Kampf der Volksmassen gegen die Revisionisten und ihr faschistisches Regime, wie auch die Entwicklung des Widerspruchs innerhalb der herrschenden Klasse in China, der bürokratischen Fraktion und der demoliberalen Fraktion der imperialistischen Bourgeoisie. Durch die internen Widersprüche zerrüttet, fokussiert der chinesische Sozialimperialismus auf das Militär, in ihrem revisionistischen Traum, eine Supermacht zu werden, was den Widerspruch mit den Yankees verstärkt. Das zeigt unter anderem der Jahresbericht des US-Verteidigungsministeriums über Chinas Nukleararsenal. China verfüge demnach aktuell über 400 einsatzfähige Sprengköpfe und könnte demnach bis zum Jahr 2035 „wahrscheinlich“ über ein Arsenal von etwa 1500 Sprengköpfen verfügen, so das Pentagon.

Für weitergehende Informationen zur Entwicklung der Klassenkämpfe in China empfehlen wir den Text „*Feier des einhundertsten Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas*“ der Kommunistischen Gruppe (Maoisten) vom 1. Juli 2021 (zu finden auf ci-ic.org). Außerdem verweisen wir auf den Klassenstandpunkt-Artikel über den inter-imperialistischen Widerspruch, worin die nach außen gerichtete Entwicklung Chinas dargelegt wurde. •



Parolen an Wänden nahe der Fushun-Werke im Nordosten Chinas, unter anderem: „*Nieder mit Xi Jinping!*“ (打倒习近平!), „*Verteidigt Vorsitzenden Mao mit eurem Blut und Leben!*“ (用鲜血和生命保卫毛主席!), „*Verteidigt Vorsitzenden Gonzalo mit eurem Blut und Leben!*“ (用鲜血和生命保卫贡萨罗主席!)

LAUTERBACHS REFORM: ANGRIFF AUF DIE GESUNDHEIT UNSERER KLASSE

Nun, wo der ewig warnende Lauterbach, seines Zeichens Gesundheitsminister, fertig ist, sich den neuesten Pandemie-Knigge auszudenken, und das, wo nach zwei Jahren eh fast keiner mehr Worte wie „Corona“ oder „Maskenpflicht“ hören kann, startet er jetzt einen umfangreichen Angriff auf das ohnehin marode Gesundheitssystem. Die größte Krankenhausreform der vergangenen 20 Jahre solle es werden, beginnend mit dem sogenannten „Pflegeentlastungsgesetz“, die uns von der sogenannten „Fortschrittskoalition“ natürlich wieder als Verbesserung verkauft wird. Auch die Zusatzbeiträge für die gesetzliche Krankenversicherung sollen schon wieder steigen um 0,3 Prozent, allerdings ohne den Versicherten das überhaupt mitzuteilen, und das bei gleichbleibenden Leistungen. War die gesetzliche Krankenversicherung bei ihrer Einführung unter Bismarck einst als Zugeständnis an die kämpfende Arbeiterklasse ein Fortschritt, so haben die Krankenkassen heute nichts Fortschrittliches mehr an sich, sondern sind nichts anderes als staatlich organisierte milliardenschwere imperialistische Konzerne, die von der Krankheit und dem hauptsächlich durch die Arbeit verursachten gesundheitlichen Verfall der Arbeiterklasse leben. Diejenigen, die eine private Krankenversicherung haben, sind von den Problemen im Gesundheitswesen sowieso nicht in dem gleichen Maße betroffen, wie die meisten in diesem Land. So wird in der BRD in der Regel nie über Klassen und Klassengesellschaft gesprochen, es sei denn, es geht um Gesundheit, dann konstatiert sogar eine „Heute-Show“, es gäbe „Zweiklassenmedizin“.

Die Zustände im Gesundheitswesen sind schon eine lange Zeit katastrophal – gerade sterben unsere Kinder am RV-Virus – und nicht erst seit der Pandemie und dem damit „gerechtfertigtem“ Ausnahmezustand. Auch wenn diese ein besonderes Licht auf die Situation derjenigen geworfen hat, die beispielsweise in den Krankenhäusern und Pflegeheimen arbeiten. Lauterbach meint, Deutschland habe nicht zu wenige Pflegekräfte, sie würden nur sehr ineffizient eingesetzt. Ein blanker Hohn! Und ein offener Schlag ins Gesicht aller, die in den Krankenhäusern und Pflegeheimen schufteten.

„PPR 2.0“ UND „PFLEGEENTLASTUNGSGESETZ“

Jetzt soll mit dem sogenannten Pflegeentlastungsgesetz der erste Schritt in einer ganzen Reihe von Reformen

kommen. Das Gesetz ist bei Verlassen dieses Artikels noch nicht verabschiedet worden, sondern wurde erst in erster Lesung im Bundestag diskutiert. Mit dem Gesetz soll vor allem die Einführung der „PPR 2.0“, vorbereitet werden. Die sogenannte Pflegepersonalregelung 2.0 ist eine Methode, die die Gewerkschaft Ver.di, der Pflegeerrat und die Krankenhausgesellschaft entwickelt haben, um den tatsächlichen Bedarf auf einzelnen Stationen der Krankenhäuser zu ermitteln. Die Umsetzung dieser Regelung *„würde zu einem Mehrbedarf von 40.000 bis 80.000 Vollzeit-Pflegekräften führen“*. Statt etwa 360.000 Vollzeit-Beschäftigten müssten dann bis zu 440.000 arbeiten. Die Chefs der Kliniken und die angeblichen Vertreter der Arbeiter im Pflegebereich saßen hier also gemeinsam am Tisch.

Dennoch stellt dieses Konzept eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand dar, blöd nur, dass es erst einmal in einer Schublade von Jens Spahn's Gesundheitsministeriums verstaubte! *„Kurzfristig führen wir zur verbindlichen Personalbemessung im Krankenhaus die Pflegepersonalregelung 2.0. (PPR 2.0) als Übergangsinstrument mit dem Ziel eines bedarfsgerechten Qualifikationsmixes ein“*, stand groß angekündigt im Koalitionsvertrag der Ampel. Von Kurzfristigkeit ist jetzt nicht mehr viel zu spüren, so sieht das Gesetz vor, dass es ab 1. Januar 2023 eine Erprobungsphase geben soll, in der die Kliniken verpflichtet werden, die Anzahl der auf bettenführenden Stationen der nicht-intensivmedizinischen somatischen Versorgung von Erwachsenen und Kindern jeweils eingesetzten Pflegekräfte, den Pflegebedarf, sowie die Anzahl der auf Grundlage des Pflegebedarfs einzusetzenden Pflegekräfte zu ermitteln und mitzuteilen. Außerdem sollen sie die Anzahl der eingesetzten Pflegekräfte an den tatsächlichen Bedarf anpassen, also die Anzahl der Pflegekräfte erhöhen. Per Rechtsverordnung kann das Gesundheitsministerium dann nicht nur Daten erheben, sondern auf dieser Grundlage den Krankenhäusern vorschreiben, wie viele Pflegekräfte sie wo einzusetzen haben. Ab Januar 2025 folgen dann Sanktionen, sollten sich Kliniken nicht an die Vorgaben halten. Wirksam wird die Einführung der „PPR 2.0“, sowieso erst ab 2025. Aber nicht einmal das ist sicher, denn der Erlass der Rechtsverordnung ist an die Zustimmung des Finanzministeriums geknüpft. Ob die „PPR 2.0“ also tatsächlich eingeführt wird, bleibt offen, deshalb spricht der Deutsche Pflegeerrat auch von einem *„Täuschungsmanöver gegenüber den Pflegekräften.“* Das Kernproblem,

dass es schlicht und ergreifend zu wenig Pflegekräfte gibt, löst man ohnehin damit nicht!

AMBULANT STATT STATIONÄR: EIN ANGRIFF AUF DIE GESUNDHEITSVORSORGE!

Außerdem sollen mehr Operationen ambulant statt stationär vollzogen werden, um die Pflege zu entlasten. Das bedeutet, dass die Patienten, statt nach der OP zumindest eine Nacht in der Klinik zu verbringen, direkt nach Hause geschickt werden. Bettenkapazitäten sollen so abgebaut werden. Wie das ganze mit „*Alle Menschen in Deutschland sollen gut versorgt und gepflegt werden.*“ (Koalitionsvertrag) zu vereinbaren ist, bleibt fraglich. Seit Jahren berichten bürgerliche Zeitungen immer wieder über lange Wartezeiten in Kliniken und, dass Kranke und insbesondere schwangere Frauen an Kliniken immer wieder abgewiesen werden. Der Grund ist stets derselbe, Personalmangel und ein Mangel an Betten! Das eine Problem löst der Gesetzesentwurf nicht, das andere wird sogar noch verschärft!

Immer wieder kommt es auch zur Schließung ganzer Stationen aufgrund des Mangels an Personals. Bedenkt man, dass der Ausnahmezustand und die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten während der Pandemie mit dem überforderten Gesundheitssystem und insbesondere mit dem Mangel an Betten gerechtfertigt wurde, so ist der Plan, diese Kapazitäten sogar noch weiter zu reduzieren, mehr als zynisch. Fallpauschale sollen auf täglicher Basis abgerechnet werden können, sodass die Übernachtung entfällt. Eine Abkehr vom viel kritisierten System der Fallpauschalen, dem Lauterbach 2003 übrigens selbst zugestimmt hat, ist das nicht. Am Grundproblem, dass es in den Krankenhäusern um Profit geht, und nicht darum, Menschen zu heilen, ändert sich überhaupt nichts! Weniger Schichtdienst, dafür sollen mehr Leistungen ambulant erbracht werden. Um den Beruf attraktiver zu machen, soll die Pflege mehr professionalisiert und mehr akademisiert werden. Natürlich ist es interessanter, im Berufsalltag ein breiteres Aufgabenfeld zu haben, dass ganze riecht aber verdächtig nach mehr Arbeit bei gleichem Lohn, bei gleichzeitig weiter bestehenden Mangel an Arbeitern. Offensichtlich steht Lauterbach einem Jens Spahn in Sachen Ignoranz und Realitätsverweigerung in nichts nach. Eine erneute Bestätigung dafür, dass egal ist, welche bürgerliche Partei den aktuellen Gesundheitsminister stellt, an der miserablen Situation für uns Arbeiter ändert sich nichts.

ECHTE VERÄNDERUNG IM GESUNDHEITSWESEN? NICHT OHNE KAMPF!

Die Streiks an den Unikliniken im letzten Jahr zeigen uns gleich drei Dinge auf: Erstens, dass viele Arbeiter im Gesundheitswesen nicht mal für mehr Lohn streiken, sondern vor allem gegen die katastrophalen und für bessere Arbeitsbedingungen. Zweitens, dass sie seit Jahren die Schnauze voll haben von diesen Verhältnissen. Drittens, dass es nicht nur möglich ist, Kämpfe zu führen, sondern vor allem, dass die Arbeiter im Gesundheitssektor auch bereit sind, entschlossen und konsequent zu kämpfen. Oft genug liegt das Problem nämlich bei der Gewerkschaftsführung und nicht bei den Arbeitern.

Diese „Reformen“ sind nicht losgelöst von der allgemeinen Entwicklung zu betrachten. Dieses System zerfällt in einem komplexen System von Kriegen und Krisen. In der Krise aber greifen die Ausbeuter unsere Rechte an, und bereits erkämpfte Rechte sollen uns genommen werden. Es ist an uns Arbeitern, zu kämpfen, nicht nur um die bereits erkämpften Rechte zu verteidigen, sondern auch um weiter zu gehen. Wir dürfen uns nicht länger spalten lassen! Wo bei Streiks in der Kita Erzieher und Eltern gegeneinander ausgespielt werden, werden im Gesundheitswesen das Wohl der Patienten und die Interessen des Krankenhauspersonals gegenübergestellt. Die Herrschenden erpressen uns Pfleger, Schwestern, und andere Arbeiter im Gesundheitssektor mit unserem Mitgefühl für die Patienten, um noch mehr Profit aus uns heraus zu pressen. Diese Erpressung können sich die Arbeiter nicht gefallen lassen, genauso wenig wie eine schlechtere Gesundheitsversorgung. Harte Kämpfe und Streiks im Gesundheitswesen zu führen, hilft am Ende nicht nur den Arbeitenden, sondern auch den Patienten. Dafür brauchen wir eine kämpferische Klassen-Gewerkschaft. •



Können auch weiter streiken! - Arbeiter der Uniklinik Halle

WARUM FRAUEN IN DER BRD ALLEN GRUND HABEN, GEGEN DAS PATRIARCHAT ZU REBELLIEREN

Dieser Artikel stellt einige Aspekte der Lebensbedingungen von Frauen in der BRD anhand von Zahlen und Fakten dar. Die Erklärungen für diese Situationen münden in der logischen Schlussfolgerung, dass die Wurzel allen Übels das imperialistische System ist, das untrennbar mit dem Patriarchat einhergeht. Was in jedem Falle unsere Antwort darauf sein muss: **„Rebellion in Wort und Tat, Feuer und Flamme dem Patriarchat!“**

„Während in verschiedenen Ländern das Recht auf Abtreibung mit der Wirkung der konservativen Kirche eingeschränkt oder bestraft wird, sind wir Frauen die Opfer und leidtragenden davon“, macht das Lila-Rot Kollektiv in ihrer Erklärung zum 25. November, dem Tag der Gewalt gegen Frauen, klar. In Deutschland ist Abtreibung – und erst kürzlich auch die „Werbung“ für Abtreibung – nicht mehr strafbar, aber es gibt nicht in allen Regionen Ärzte, die Abtreibungen durchführen. Bloß 1089 Praxen in Deutschland führen Schwangerschaftsabbrüche durch. Im Jahre 2000 waren es noch 2000 Praxen. Darum können einige Frauen – die aus ihrem Wohnort bis zu 200 Kilometer weit fahren müssten – in Deutschland die Möglichkeit einer Abtreibung logistisch oder finanziell nicht wahrnehmen. Man beachte auch das Schicksal vieler Frauen, die einem Kinderwunsch nicht negativ gegenüber eingestellt sind, aber deren Lebenssituation das Großziehen von Kindern zu einer existenzbedrohenden finanziellen und gesellschaftlichen Belastung werden lässt. Es ist die proletarische Frau, die in diesem System oft wenig Chancen sieht, ihr Kind so zu aufzuziehen und ihm ein gesichertes Leben zu bieten: Gute Kleidung, Essen, ein eigenes Zimmer, bzw. einen ruhigen Schlafplatz, Freizeitgestaltungsmöglichkeiten und Betreuungsplätze, so wie Betreuung in Notfallsituationen oder einfach nur bei Aktivitäten außerhalb der Kindergartenöffnungszeiten. Das alles kostet Geld, oder ist nur mit den Strukturen eines kleinbürgerlichen Generationshaushaltes zu bewerkstelligen. Die Bedürfnisse, die eine Gesellschaft, die der Staat den heranwachsenden Kindern erfüllen sollte, sind im Traum nicht Grundsicherung für die Menschen in der BRD und schon gar nicht für die, die sich als arbeitende alleinerziehende Mutter durch-

schlagen, oder Familie ohne großfamiliäre Strukturen. Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, hat die finanziellen Mittel dazu, Kindern dieses Leben zu bieten. Das Thema Abtreibung hängt nicht nur in der BRD, sondern weltweit mit den gesellschaftlichen und kapitalen Möglichkeiten, die eine Mutter und das Kind haben, zusammen. Eigentum – Klassengesellschaft – Frauenunterdrückung: **„Proletarischer Feminismus für den Kommunismus!“**

Übrigens bedingen die bürgerliche Kleinfamilie und die häusliche Gewalt sich gegenseitig. Laut aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamts waren im Jahre 2021 143.000 Frauen Opfer von partnerschaftlicher Gewalt. Die Dunkelziffer ist höher, mindestens zwei Drittel der Frauen, die Gewalt erleiden, führen diese nicht zur Anzeige. In einem NDR-Bericht von 2021 über die Situation von Frauen zu Corona-Zeiten sagt eine Frau, die regelmäßig von ihrem Partner gewaltvoll misshandelt wurde: *„Er sagte immer: Ohne ihn würde ich es nicht schaffen. Und ich habe gedacht, wenn ich meinen Kindern den Vater nehme, dann ist das nicht gut“* Die Kleinfamilie ist die etablierte Familienform im Imperialismus. Scham sei für diese Frau auch ein Grund gewesen, mit niemandem über diese Misshandlungen gesprochen zu haben. Wir müssen dieses System vom Angesicht der Erde fegen, dafür muss es selbstverständlich werden, dass Rote Frauenkomitees die Arbeit der Schmiedung und der Stärkung von Frauen und Männern vornehmen können. Auch Männer müssen kollektiv die Einsicht erlangen, dass Gewalt an den Frauen – vor allem der eigenen, mit der man in einer funktionierenden Gemeinschaft leben sollte – eine absolut falsche Sache ist. Darum sagen wir: **„Küche, Ehe, Vaterland, unsre Antwort Widerstand!“**

Und es ist ein prägnantes Armutszeugnis des imperialistischen Systems, in dem wir leben müssen, dass in Deutschland um die Frauenhausplätze gerungen wird: 2021 fehlten 14.600 Frauenhausplätze. Selbst die Betreiberinnen der Frauenhäuser wissen, dass die Finanzierung, die die damals noch amtierende Bundesministerin Franziska Giffey auf den Weg gebracht hat, nicht viel nützen wird. Dem NDR berichtet eine Frauenhausleiterin, dass sie

die Wirksamkeit des Bundesprogramms bezweifle, weil die Frauenhäuser nicht das dauerhafte Personal hätten, um die Frauenhäuser weiter auszubauen. In der BRD sind Frauen in gesellschaftlichen oder familiären Konfliktsituationen darauf angewiesen, sich in ein geheimes Haus zurückzuziehen, zu verstecken, aus ihrem Leben herausgerissen zu sein, in dem sie oder auch gegebenenfalls ihre Kinder vor familiärer Gewalt geschützt sind. Dass es an Frauenhäusern bedarf, dass die Gesellschaft und der Staat also nicht in der Lage oder willens sind, ganz selbstverständlich mit bedrängenden Gewalt- und Bedrohungssituationen für Frau und Kinder umzugehen, zeigt, dass das Volk dem Staat nicht das Wichtigste ist. Patriarchal prägnant ist, dass der Mann als Bourgeois in der Familie keinen wirtschaftlichen Schaden nimmt, wenn die Frau mit den Kindern in einer Nacht-und-Nebel-Aktion ausziehen muss, aber Frau und Kinder abgeschnitten sind von ihren Schul- und Arbeitsroutinen.

Einige Kräfte im Imperialismus – oft sind dies sogenannte kleinbürgerliche Feministinnen – kämpfen als Teile der Gesellschaft individuell oder in bestimmten Zusammenschlüssen für eine „Befreiung“ der Frau innerhalb dieses Systems. Als Beispiel sei genannt, dass 1993 eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen wurde, die eine „Beseitigung von Diskriminierung und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen“ forderte. Seit dieser Zeit, also seit 30 Jahren, hat sich aber an der Situation der Frau auf der ganzen Welt und der BRD wenig geändert. Das sollte erneut klarmachen, dass die Probleme, die die Frau hat, in den Grundfesten des imperialistischen Systems bedingt sind. Kurzweilige „Resolutionen“, einzelne Gesetzesänderungen oder das Aufploppen von Hilfsorganisationen, oder Hilfsprogramme staatlicher Einrichtungen, sind Bekämpfung von Symptomen des Systems. Uns Frauen wird im Patriarchat nichts geschenkt. Wir müssen unsere aufgestaute Wut wahrnehmen, annehmen und für ein neues System kämpfen. Der Zorn der Frau muss als eine mächtige Kraft für die Revolution entfesselt werden: „Glaubt die Lügen der Ausbeuter nicht, die Rebellion ist gerechtfertigt!“

Laut Angaben des Ausländerzentralregisters sind 97 Prozent der Flüchtlinge in Deutschland zwischen Ende Februar und Anfang November aus der Ukraine. Das sind 1.024.841 geflüchtete Menschen, von denen 71 Prozent Frauen sind. Unter den

Flüchtlingen aus der Ukraine sind ungefähr 136.000 Kinder und Jugendliche, die meisten davon im Grundschulalter. Die BRD wird von Migrantinnen nicht selten als Land ihrer Wahl angesehen, wenn sie – meist aufgrund der weltweiten imperialistischen Kämpfe und Krisen – flüchten müssen. Frauen, die alleine mit ihren Kindern nach Deutschland geflüchtet sind, waren in Flüchtlingsheimen schon immer erhöhter Ausbeutung und sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Die Situation der Kinder ist nicht selten gefährdet. Groß angelegte Studien darüber gibt es nicht, aber es ist kein Geheimnis mehr, dass die Realität geflüchteter Mütter so aussehen kann: Sie gehen erst mal arbeiten, egal welcher Job, egal welche Uhrzeit, egal, ob sie die Kinder betreut wissen, oder nicht, um sich finanziell ein Sprungbrett in eine eigene Wohnung aufzubauen und die Möglichkeit haben, ihren Kindern ein geschütztes Zuhause zu bieten. Währenddessen sind die Kinder aber noch in den Heimen. Sexuelle Übergriffe in Flüchtlingsheimen haben stattgefunden und finden weiter statt. Wir haben bereits darüber berichtet, dass auf die Frauen in den Flüchtlingsheimen die Menschenkäufer warten, die Frauen in die Prostitution drängen wollen, um sich an der Notsituation der Geflüchteten zu bereichern. Die Gesetze der BRD zur Prostitution begünstigen die Abhängigkeitssituation einer Frau mit Migrationshintergrund, die von einem Zuhälter als „offiziell nicht Angemeldete“ in die Prostitution gedrängt worden ist. Diese Zustände müssen entlarvt und bekämpft werden, das System wie es jetzt ist, muss der Vergangenheit angehören: „Welle auf Welle, Schlag auf Schlag! Gegen Imperialismus und Patriarchat!“ •



BOTSCHAFT der Roten Frauenkomitees zum 25. N

DEMVOLKEDIENEN
1.04K subscribers

Subscribe

25



BERLINER ÄMTER – DASS WIR IHNEN EGAL SIND, DAS BETONEN SIE GERNE.



Stundenlanges Warten, um wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden: Sozialamt Kreuzberg

Nach der Post zu schauen, ist im Allgemeinen eine unangenehme Aufgabe im Alltag, denn in der Regel erwarten einen keine netten Briefe. Selbst, wenn man sich nicht minutenlang seelisch darauf vorbereiten muss, wenn ein Brief vom Amt eingeflogen ist, dann ist spätestens zu diesem Zeitpunkt die Laune im Keller. Es gehört für immer mehr Arbeiter dazu, mit den Behörden des bürgerlichen Staates zu tun zu haben, da der Hungerlohn allein nicht mehr zum Leben reicht. Währenddessen polieren die Herrschenden ihre Statistiken auf und versuchen so das Bild des „sozialen Staates“ aufrecht zu erhalten. So soll zum Beispiel die Zahl der Arbeitslosen gesunken sein. Jedoch wird nicht jeder, der Arbeit sucht, auch in der Statistik geführt, denn wer dazu zählt, ist eine „Sache der Definition“. Die ständigen Änderungen der Kriterien durch die Herrschenden führten dazu, dass die Zahlen sanken. So zählten auch erwerbstätige Personen, die Arbeitslosengeld II zum Aufstocken bekommen haben, nicht in die Statistik, da diese mindestens 15 Stunden in der Woche arbeiteten und damit nicht als arbeitssuchend gelten. Im Jahr 2021 waren insgesamt 22,8 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erwerbstätig

und somit ca. 860.000 Arbeiter davon betroffen. Einen weiteren Beweis dafür, dass man auch in der größten Notlage nichts von diesem zerfallenden System erwarten kann, lieferten die Berliner Behörden in den letzten Wochen.

DAS SOZIALAMT

Wie viel Spaß der Gang zum Sozialamt macht, das kann jeder berichten, der das schon einmal hinter sich bringen musste. Es ist demütigend, ein ständiges Misstrauen, man steht unter Generalverdacht, sich Geld zu erschleichen. Man wird wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt, wenn man das verlangt, was der bürgerliche Staat einem eigentlich verspricht: Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt und zum Asyl, sowie die soziale Wohnhilfe. Kommt also beispielsweise eine Rentnerin, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet hat, trotzdem aber nur eine winzige Rente erhält, und möchte den Grundsicherungs-Zuschuss erhalten, dann wird sie wie eine Bittstellerin behandelt. Das macht sich nicht nur im Ton der Beamten bemerkbar. Im Sozialamt im

Berliner Stadtteil Neukölln, an der Donaustraße 89, gab es lange Zeit nicht genügend Sitzplätze, sodass alte und kranke Menschen stundenlang im Stehen darauf waren mussten, bis ihre Nummer aufgerufen wird. Und das, nachdem die Besucher des Sozialamtes am Einlass durch Security-Scans und Taschenkontrollen wie Kriminelle behandelt wurden. Mit der sich immer weiter zuspitzenden Krise des Imperialismus brauchen nun wie gesagt auch immer mehr Erwerbstätige Unterstützung, um sich ihr Leben leisten zu können. Personen, die vorher nicht betroffen waren. Das macht sich in den Sozialämtern laut eigener Aussage bemerkbar. Immer mehr Menschen beantragen Zuschüsse, um mit den Energiekosten klarzukommen. Hinzu kommen die Anträge von geflüchteten Ukrainern, die auf Grund des Angriffskrieges des russischen Imperialismus ihre Heimat verlassen haben. Die Lösung des Sozialamtes in Neukölln, um dem Berg an unbearbeiteten Anträgen zu entgegnen: Das Amt wurde für zwei Wochen für den Publikumsverkehr geschlossen. So konnten in diesem Zeitraum so gut wie keine neuen Anträge eingehen. *„Es ist der absolute Notfall. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen die Zeit, um die Rückstände abzuarbeiten, weil wir völlig unterausgestattet sind“*, erklärt der Neuköllner Sozialstadtrat Falko Liecke (CDU). Ein neuer Hochpunkt der Schikanen durch die Ämter. Die Nöte der Massen müssen dann eben mal kurz warten. Die Herrschenden könne so viele schöne Reden über ihre tollen Unter-

stützungspakete halten, wie sie wollen, denn diese Versprechungen sind auf die eine oder andere Weise leer. Das Geld kommt nicht bei den Leuten an, die es brauchen, oder viel zu spät. Davon abgesehen, dass es zu wenig ist. Hier lohnt sich auch noch einmal ein Blick auf das hoch angepriesene Bürgergeld, welches ab dem 1. Januar 2023 das Arbeitslosengeld II ablösen soll. Hier soll die Grundsicherung, also der Regelsatz um ca. 50 Euro erhöht werden. Eine viel zu kleine Verbesserung für Erwerbslose, die nicht einmal reicht, um der Inflation der Lebensmittelpreise gerecht zu werden. Bei der Grundsicherung für Erwerbsminderung im Alter ändert sich fast nichts, außer dass das Schonvermögen von 5.000 auf 10.000 Euro angehoben werden soll. Das bedeutet unterm Strich keine reale Verbesserung.

DAS BÜRGERAMT

Und auch die Bürgerämter verschließen ihre Türen. Insgesamt sollen sechs Ämter bis Februar 2023 geschlossen bleiben. Das Bürgeramt in Neukölln ist übrigens auch darunter. Der Grund dafür: Bürgermeisterin Giffey muss ihre reibungslos verlaufende Wahlwiederholung durchdrücken. Der Wahlzirkus hat natürlich höchste Priorität für die Herrschenden in Berlin. Giffey hat jedoch wie immer Trost und spendende Worte parat: Bürgerinnen und Bürger sind ja nicht nur an einen Standort gebunden, sie können ja einfach zu einem anderen Amt fahren. Gepaart mit dem System für die Terminvergabe bedeutet das für Viele, dass man ans andere Ende der Stadt fahren muss. Denn das System für die Online-Terminvergabe scheint so konstruiert zu sein, dass es möglichst unmöglich ist, einen Termin zu bekommen. Es ist beinahe ein Glücksspiel, denn wer um Punkt 8 Uhr Morgens die Website nicht zur richtigen Sekunde aktualisiert, der bekommt keine freien Termine angezeigt. Aktualisiert man zu oft, so wird der Zugang für einige Minuten gesperrt. Die Telefonleitungen für die Terminvergabe sind oft überlastet. Steht also mal wieder ein neuer Personalausweis an, weil der alte bald abläuft, oder möchte man etwas bezüglich des Führerscheins, den man braucht, um jeden Tag zur Arbeit zu kommen, klären, dann sollte man sich möglichst den Eigenheiten der Behörden unterordnen. Ein Sinnbild dafür, wessen Interessen dieses System dient, und für seinen Zersetzungsprozess. •



Das überbelastete Sozialamt in Berlin-Neukölln

KITA-STREIK IN HAMBURG



Am 1. November haben sich mehr als 2.200 Kita-Beschäftigte am Dammtorbahnhof in Hamburg zu einer Kita-Demo versammelt. Obwohl die Demo erst um 17.30 Uhr losgehen sollte, war schon ab 17 Uhr eine ausgelassene Stimmung um den Verdi-Lautsprecherwagen wahrzunehmen, von der man sich aber nicht täuschen lassen sollte. Wir haben auf der Demo mit zahlreichen Kita-Mitarbeitern über ihre Arbeitsbedingungen und Zukunftsprognosen gesprochen und dieser Artikel zeigt auf, dass ausnahmslos alle Befragten keine Hoffnungen in die bisherigen und zukünftigen Maßnahmen des Staates haben und durch ihre tägliche Arbeitssituation teilweise schon seit Jahrzehnten belastet sind.

Es fehlt seit langem an Plätzen und Personal in Hamburger Kitas. Die Erzieher und Erzieherinnen leiden unter dem Personalmangel und zu großen Gruppenstärken. Sie stehen unter Druck, oft bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihren Erziehungsauftrag nicht korrekt ausüben zu können. Belastungsbedingt und durch die Corona-Pandemie fallen die Erzieher häufiger aus, und die Folge ist: Noch mehr Personalmangel! *„Die Arbeit gleicht eher einem Durchhaltewettbewerb, bei dem man sich von Tag zu Tag entlanghangeln muss“*, schildert ein Erzieher. Die katastrophale Personalsituation führt laut Angaben der Erzieher und Erzieherinnen zu „Massenabfertigung“, dazu, dass keine individuelle Arbeit mehr möglich ist, sondern nur „Schadensbegrenzung“ beim Managen *„des großen Haufens an Kindern“*.

Es heißt, es gäbe kein Geld für zusätzliche Kita-Kräfte. In der gesamten BRD würden diese ca. vier Milliarden

Euro kosten. Anstatt, dass dieses Geld zur Verfügung gestellt wird, wird in diesem Bereich massiv gekürzt. Sprachfachkräfte werden in Hamburg ab 2023 höchstwahrscheinlich nicht mehr an Kitas arbeiten können, auch wenn sie einen notwendigen Job machen (in der Realität haben sie aber oft einfach Personallücken gefüllt). *„Die ‚Elbkinder‘ werben gerade gezielt Personal aus Italien an. Diese sprechen kein sicheres Deutsch. Außerdem finden sich in allen Kitas gerade vermehrt Mitarbeiterinnen aus der Ukraine, auch deren Sprachkenntnisse sind nicht immer fließend. Und gleichzeitig wird die Förderung der Sprachkitas genau jetzt abgeschafft. Das passt nicht zusammen, das ist falsch!“*, erklärt uns eine Erzieherin der „Elbkinder“. Diese bemängelt zudem, dass sie durch ihren Berufsweg des Studiums der Pädagogik den Beruf „aufwerten“ wollte, aber nun erlebt, dass so wenig Personal zur Verfügung steht, dass es darauf hinauslaufen wird, dass immer mehr ungelernete, „unqualifizierte“ Menschen in den Job kommen.

Eine Konsequenz der Einstellung von italienischem, ukrainischem und ungelernetem Personal ist, dass die Bezahlung für den Beruf geringer ausfällt, als bei „qualifizierten“ Kräften aus der BRD. So spart der Staat auch hier Geld für den Erziehungssektor. Wir dürfen uns jedoch nicht spalten lassen, denn die Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Ausland haben genau so ein Interesse daran, dass eine bedürfnisorientierte Betreuung der Kinder gewährleistet wird.

Der Haushalt der BRD gleicht mit den genannten Sparmaßnahmen direkt einen Teil der 100 Milliarden Euro Militärausgaben wieder aus. Das ist die Wahrheit

und der Zusammenhang, vor dem wir nicht die Augen verschließen dürfen. Die Militarisierung und die Kriege der Imperialisten werden in Zukunft dafür sorgen, dass auf der ganzen Welt keine Gelder mehr in den sozialen Bereich fließen werden. In einer Krippengruppe sollten ungefähr vier Kinder auf eine Erzieherin kommen, und in einer Kindergartengruppe ab dem Alter von drei Jahren sollten nicht mehr als sieben Kinder von einer Erzieherin betreut werden. *„Ich war 13 Jahre im Beruf und steige jetzt aus. Ich wehre mich gerade sehr aktiv gegen die Zustände auf der Arbeit. Ich musste häufig zu zweit auf 25 Kinder aufpassen. Außerdem wird keinem Erzieher hier in Hamburg die Vor- und Nachbereitungszeit für die Angebote, die wir gestalten, auf die Arbeitszeit angerechnet, während das in anderen Bundesländern teilweise der Fall ist“*, berichtet ein Erzieher, dem der Job eigentlich Spaß macht, aber der aufgrund der Umstände keine Perspektive mehr für sich in der Kita sieht.

Alle Interviewpartner haben uns berichtet, dass zu viele Kinder auf zu wenig Erzieher kommen. Dass der Betreuungsschlüssel von 1:4 oder 1:7 jemals in die Realität umgesetzt wurde, konnte uns von keinem einzigen Kollegen bestätigt werden. *„Früher hatten wir durchschnittlich viel mehr Kinder, die acht Stunden lang betreut werden mussten. Seit dem ‚Kita-Gutschein-System‘ wird aber vielen Eltern nur ein 6-Stunden-Gutschein gewährt. Das gibt unserer Kita weniger Stunden, also rückwirkend auch weniger Möglichkeit, Personalstellen auszusprechen. Dann haben wir nicht 1:7 bei einer Gruppe von Ein- bis Sechsjährigen, sondern 1:9,5“*, erzählt eine Erzieherin erzürnt über die täglichen Arbeitszustände. *„Kitas sind Wirtschaftsinstitutionen geworden. Seitdem es die ‚Kita-Gutscheine‘ gibt, werden ‚8-Stunden-Kinder‘ lieber genommen; die meisten bekommen aber nur sechs“*, sagt eine Erzieherin. Das Kita-Gutschein-System in Hamburg bedeutet, dass die Eltern beim Amt für soziale Dienste ihre Arbeitszeiten einreichen müssen – aufgrund dessen wird dann die Betreuungszeit von der Behörde bestimmt.

„Es ist eine Frage der Prioritäten und der Werte. Der BRD geht es nicht um die Würde des Menschen, sondern um Profit!“, demaskiert eine Erzieherin den Staat. Gleichzeitig kritisiert sie den Charakter der Demonstration: *„Fakten und Tatsachen muss man klarer benennen. Viele Beiträge, die auf dem Lautsprecherwagen gehalten worden, waren zu wohlwollend“*. Lösungsvorschläge von den Erzieherinnen sind unter anderem, dass man den Beruf durch eine viel bessere Bezahlung – die teilweise der der Lehrer gleichkommt – aufwerten muss,

und, dass die Gruppengröße endlich den Vorgaben entspricht. Aber gleichzeitig merkt eine Mitarbeiterin an: *„Wir müssten viel mehr Kitas eröffnen, um mit kleineren Gruppen die Kinder versorgen zu können, die einen Kitaplatz brauchen!“* Das bedeutet: Alleine in Hamburg werden nächstes Jahr 3.700 Kita-Plätze mehr gebraucht, wenn nun ein Erzieher wirklich nicht mehr als vier bzw. sieben Kinder betreuen darf, und dann braucht es viel mehr Erzieher und Erzieherinnen, mehr Räume und Möglichkeiten, die Kinder zu betreuen. Aber der Neubau von Kitas steht erst gar nicht zur Debatte.

„Schon vor 30 Jahren war ich – noch als Mutter – auf der Straße, um für bessere Bedingungen in der Kita zu demonstrieren, es hat sich nichts geändert“, „Ich war in dieser Woche auf drei Demos und es passiert einfach nichts“, „Wir glauben, es wird sich nichts ändern“, „Das, was hier stattfindet, ist zu wenig. Die Zustände in der Kita werden weiter den Bach runtergehen. Ungelerntes Personal und schlecht ausgestattete Kitas sind schlechte Bedingungen für diesen Beruf und die Kinder“, sind nur einige Aussagen über die Zukunft der Kitas in diesem Land. Eine Rolle im Alltag der Kitas spielen auch die Hauswirtschafterinnen. Bei den „Elbkitas“ ist momentan eine Hauswirtschafterin für die Betreuung einer Kita zuständig. Da nun 120 Fachkräfte abgebaut werden sollen, müssen in Zukunft bis zu sieben Kitas von einer Fachkraft betreut werden. *„Ihr sollt schneller reinigen und schneller kochen, um das in Zukunft zu bewältigen, wurde uns auf der Vollversammlung der ‚Elbkinder‘ gesagt. Das ist ein Skandal!“*, beschwert sich Hauswirtschafterin Bärbel bei ihrer Rede auf dem Lautsprecherwagen bei der Abschlusskundgebung um 19 Uhr. Die Azubi-Sprecherin Kathy berichtet bei der Abschlussrede davon, dass Auszubildende gar kein Geld bekommen: *„Wie soll ich meine 100-Euro-Mieterhöhung noch decken? Es will doch keiner mehr Erzieher werden, wenn es so weitergeht.“*

Die Demonstrationsteilnehmer sind enttäuscht vom herrschenden System, sie wissen, dass Erziehung und die Wichtigkeit ihrer Tätigkeit in diesem Staat keine hohe Priorität haben. Das sollte kein Grund sein, enttäuscht die Füße still zu halten, sondern Grund, die Wut in eine kämpferische Perspektive umzuwandeln und dem Zerfall dieses Systems ins Auge zu sehen. Es gilt, ein neues System aufzubauen, das uns und den Interessen des Volkes dient. •

STEUERGELDVERSCHWENDUNG IN BAU UND VERKEHR

Im Dezember 2021 hat das Bundesland Bremen seinen Doppelhaushalt für 2022 / 2023 beschlossen. Also wie die öffentlichen Gelder, das heißt grundlegend die Steuereinnahmen der arbeitenden Menschen, in diesen beiden Jahren auf die unterschiedlichen Behörden aufgeteilt werden. Mehr als 10 Milliarden Euro wurden eingeplant. Direkt wurde schon gesagt, der Haushalt sei „kein Ausdruck von Ausgabefreundlichkeit“ und „stemme sich mit der ganzen Kraft gegen die Corona-Krise“. Das heißt, schon vor einem Jahr wurde durch diese Aussagen vom SPD-Politiker Arno Gottschalk klargestellt, dass es 2022 und 2023 keine wirklichen Verbesserungen in irgendwelchen Bereichen geben würde. Und Ende 2022 hat sich das längst bestätigt. 5400 Kindern wird schätzungsweise im kommenden Jahr im Bundesland Bremen ein Kita-Platz versagt bleiben, die Personallage in den Krankenhäusern und der Pflege verschlimmert sich weiter drastisch, dafür darf man sich nun freuen über den größten Jahrgang Polizeianwärter, den es jemals gab, und eine Aufstockung der Ordnungsamt-Hilfsbulen, deren Personal im Frühjahr von 34 auf 55 Personen wachsen wird, damit sie die Kapazitäten haben, auch in Arbeiterquartieren ihr Unwesen zu treiben.

Wie jedes andere Bundesland auch kann Bremen eine Vielzahl an Pannen und Verschwendungen der öffentlichen Gelder aufweisen. Eine der Stellen, wo es solche absurden Geschichten überall zuhauf gibt, ist der Bereich Bau und Verkehr – der in Bremen durch die Behörde „Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau“ von der Grünen-Landeschefin Maike Schaefer vertreten wird. Das Ressort machte vor Kurzem wieder auf sich aufmerksam, als ans Licht kam, dass sie im Frühling 2021 70 Tausend Euro an einen Betrüger-Verein namens „Greenbuilding e.V.“, der gar nicht existierte, überwiesen. Knapp die Hälfte von diesen öffentlichen Geldern konnte nicht mehr zurückgefordert werden. Schaefer ist als Senatorin der Behörde in der Position der Vorsitzenden des Aufsichtsrates an der Spitze von gleich zwei „brachenführenden“ Unternehmen, dem Öffi-Betrieb BSAG und dem landeseigenen Wohnungsunternehmen GEWOBA. Letzterer besitzt 42.000 Mietwohnungen (davon über 32.000 in Bremen) und verwaltet weitere 15.000. Die GEWOBA ist mit Abstand der größte Vermieter in Bremen. Möchte man dort eine Wohnung finden, wird man zumeist auf das

Online-Angebot auf der Internetseite verwiesen. Dort sind für die Stadt Bremen durchschnittlich satte drei bis fünf Wohnungen reingestellt. Man kann sich ausmalen, wie leicht man es derzeit bei Hunderten von Bewerbern hat, beim größten Vermieter Bremens eine günstige Wohnung zu bekommen. Fast schon bizarr wirkt da die Kampagne der GEWOBA, die auf Werbetafeln überall mit Slogans wie „Eine für alle“ behauptet, für jeden würde es „die passende Wohnung geben“ – vier Zimmer und Balkon, niedrige Miete, lachende Gesichter, und so weiter. Ganz weit weg von der Realität.

Innovatives Bauwesen und Mobilität verspricht Maike Schaefer der Behörde. Sprechen wir über Mobilität. 6 Millionen Euro hat das Land Bremen aufgewendet, damit die BSAG-Ticketpreise 2023 nicht noch weitersteigen. Wenn schon so viel unserer Steuergelder dafür notwendig sind, stellt sich die Frage, für welche gemachten Arbeiten man denn zahlt, wenn man 2,85 Euro in den Automaten für ein Einzelticket wirft? Oder 8 Euro für ein Tagesticket, was 20 Cent unter dem Preis für Hamburg und 80 unter dem für Berlin liegt, wo man gefühlt 100 Mal mehr Verbindungen nutzen kann? Vielleicht liegt es an der Bestellung von 77 neuen Straßenbahnen von Siemens, die sie hier „Nordlichter“ getauft haben, und die alle anderen Bahnen, wenn auch z.T. noch gut in Schuss, Stück für Stück ersetzen sollen, leider aber eine total schlimme Raumaufteilung haben, sodass viel weniger Sitzplätze zur Verfügung stehen (mit den alten Bahnen soll übrigens noch ordentlich Asche gemacht werden, indem man sie nach Tschechien verkauft). Vielleicht liegt es an dem unheimlich verschwenderischen Umgang mit den finanziellen Mitteln im BSAG-Werk. Die Abteilungsleiter haben dort, wie man uns berichtet, Probleme damit, mit der Vergabe von Aufträgen für die Ausstattung des Werks hinterherzukommen, um die bereitgestellten Gelder auch zu verbrauchen. Natürlich handelt es sich selten um wirklich sinnvolle Dinge für die Arbeiter dort, sondern eher um im Nichts rumhängende Bildschirme, um den Austausch gut funktionierender Maschinen, um teure Leckereien für die Veranstaltungen der Bonzen in den Konferenzräumen oder um Bestausstattung für die individuellen Toiletten der Führungsebene im obersten Stock des Verwaltungsgebäudes am Flughafendamm, wo sonst kein anderer Mensch rein darf. Und obendrauf kommen dann Beschwerden eines hohen Tiers, dessen komfortables Büro an der mittelmäßig befahrenen

Hauptstraße im zweiten Stock zu „laut“ wird, wenn er das Fenster zum Lüften aufmacht. Alle Geldvergaben geschehen nach dem persönlichem Geschmack der Chefs und der Bürokraten, die dort sitzen, und genauso verhält es sich bei den ständigen Umplanungen von bereits ausgeführten Arbeiten, wo für kleinere Aufträge mal schnell Spielereien im fünfstelligen Bereich betrieben werden. Unzählige Fehlplanungen z.B. an der neuen „Mobilitätsdrehscheibe“ an der Endhaltestelle Gröpelingen, wo der halbe Boden an den Gleisen nach Fertigstellung für ein paar Bänke, die man vergessen hatte, wieder aufgerissen werden musste, kommen oben drauf. An den Löhnen der osteuropäischen Hilfsarbeiter, die im BSAG-Werk für Siemens die Instandsetzung der neuen Nordlichter vornehmen, wird die Höhe des Ticketpreises wohl eher nicht liegen. Und auch nicht am Fahrpersonal, das wird nämlich weniger – die BSAG spart ein, Bus und Bahn kommen dafür seltener. Das Personal zu überlasten, würde sich für sie auch nicht lohnen; in den vergangenen Jahren sind bereits mehrere Fahrer mit Nervenzusammenbrüchen aus dem Job ausgeschieden.

Zur Mobilität zählt natürlich auch der Autoverkehr. Wenn den ganzen Tag über die B6 in beide Richtungen dicht ist, es sich am Autobahnzubringer Arsten bis zum Bremer Kreuz und Dreieck Stuhr staut und man auch auf der Waller Heerstraße nicht mehr vorankommt, was vielen Arbeitern besonders den Feierabend bis zu anderthalb Stunden nach hinten verschieben kann, liegt das daran, dass Bremens zentrales Straßenprojekt, das fast all diese Probleme lösen würde, der Autobahnring-schluss mit der A281, einfach nicht stattgefunden hat. Wichtig ist besonders der Abschnitt des Wesertunnels zwischen den Stahlwerken und Seehausen. Dieser ist auf älteren Stadtplänen Anfang dieses Jahrtausends übrigens schon eingezeichnet und mit „In Planung. Baubeginn 2006“ gekennzeichnet. Der erste Spatenstich erfolgte **13 Jahre später**, die wichtigsten Arbeiten verzögern sich weiter und die Kosten explodieren durch Umplanungen. Da können sich *Elphi* und *BER* ganz warm anziehen. Schneller war man in der Innenstadt, die man, gemäß dem Credo der Grünen, „autofrei“ machen will, damit sie „attraktiver“ und natürlich umweltfreundlicher wird. Als Pilotprojekt stellte man die wichtigste Verkehrsachse, die Martinistraße, mit unästhetischen Blumenkübeln und Holzkonstruktionen zu, verengte die Fahrbahn dazwischen und führte Tempo 20 ein. Schön, wenn sie sich um eine schicke, saubere Innenstadt kümmern, anstatt um die tatsächlichen Probleme der Menschen. 1,2 Millionen Euro

kostete das komische Angebot in der Martinistraße, das von den Passanten weitestgehend ignoriert wurde und einfache Menschen, die auf ein Auto für den Arbeitsweg angewiesen sind, zur Weißglut brachte.

Die Innenstadt soll aber auch durch neue Gebäude „aufgewertet“ werden. Der „Innenstadt-Gipfel“ von den Bonzen und den Politbonzen erinnerte erst kürzlich an die Fehlplanungen und Verschwendungen, die hier geleistet wurden. Zum Beispiel ist da eine „City-Galerie“, die von Bremens lokaler Baugröße und Mäzen Kurt Zech, der sich selbst zum Retter der Bremer Innenstadt erklärt hat, als Einkaufszentrum an der Stelle des überflüssigen Parkhaus Mitte geplant wurde. Die Landesregierung hatte Beifall geklatscht und dem Milliardär mit Äußerungen wie „*Kurt Zech wird das schon machen*“ den Hof gemacht. Diesem Menschen, der offenbar der Meinung ist, ihm würde die Stadt gehören, wollten sie am Ende doch nicht alles überlassen und zogen fünf Jahre, in denen massiv Planungsgelder etc. für das Areal verdampft wurden, später die Reißleine. Statt an Zech soll es lieber – wie es SPD und Grüne mögen – an ein Unternehmen in Staatshand gehen: Die BREBAU, die letztes Jahr unter anderem wegen rassistischer Kriterien bei der Wohnungsvergabe in den Fokus geriet. Zum anderen möchte die Stadt für mindestens 80 Millionen (die Hälfte kommt vom Bund) das bürgerliche Konzerthaus „Die Glocke“ an der Domsheide ausbauen. Eine Machbarkeitsstudie steht noch aus; ein Ausbau der Glocke hängt am noch nicht sicheren Umbau der Domsheide. *Trotzdem* kaufte die Stadt sich für rund 3,74 Millionen Euro schon mal das angrenzende Gebäude. Wenn es läuft wie alles andere in Bremen, dann ist davon auszugehen, dass das Projekt abgeblasen wird.

Wie man sieht, wird von den öffentlichen Mitteln für Bau- und Verkehrsprojekte herzlich wenig für die Bedürfnisse der Arbeiter ausgegeben. Wo sich die Menschen nicht wehren, da lässt man ihre Viertel achtlos verfallen, die Häuserblöcke, die öffentlichen Flächen, die Aufenthaltsorte. Die bürgerlichen Politiker – egal welcher Partei (auch wenn Maik Schaefer's Grüne Partei derzeit wohl am peinlichsten und absurdesten ist, sind die anderen Parteien nicht weniger arbeiterfeindlich) – tun nur das, was im Interesse ihrer Klasse ist. Deshalb werden die Steuergelder der Arbeiter so dermaßen verschwendet und für viele Dinge, die uns nichts bringen, ausgegeben. •

REULS PERISKOP

Ein Periskop, eigentlich aus U-Booten und Panzern zum Spähen bekannt, wird nun eingesetzt, um Menschen zu erspähen „die mit psychischen Auffälligkeiten herumlaufen“, so der NRW-Innenminister Herbert Reul, und/oder gewalttätig aufgefallen sind. PeRiskoP steht bei der Polizei NRW für **Personen mit Risikopotenzial**. Mit dem Früherkennungsprogramm PeRiskoP hat Innenminister Reul nicht nur ein tolles Wortspiel hervorgebracht, sondern weitet die Befugnisse der Polizei in Sachen Gefahrenabwehr aus, lenkt von Fehlverhalten seiner Polizisten ab und stigmatisiert psychisch auffällige Personen.



und eine Amokdrohung aussprach. Andere positive Beispiele unterständen jedoch dem Datenschutz. Eine Amokdrohung in Zusammenhang mit einem möglichen Amoklauf zu bringen, wäre ohne das Programm sicherlich niemals gelungen.

Das Risikopotential zu identifizieren, diene besonders dem Schutz der in Not geratenen auffälligen Personen. Wenn man sich die letzten Nachrichten über Polizeieinsätze mit den „in Not Geratenen“, also vielmehr psychisch auffälligen Personen ansieht, erkennt man schnell, wovor diese Personen geschützt werden müssen. Vor Reuls Lieblingen nämlich, die in den letzten zwei Monaten inzwischen 5 Personen

(Stand 29.10.) mit vornehmlich psychischen Auffälligkeiten im Einsatz in NRW getötet haben sowie drei weitere Personen durch Schüsse schwer verletzt.

Schon seit Jahren betonen Polizeiwissenschaftler wie Feltes, Finzen und Fegert das oft unverhältnismäßige Vorgehen im Einsatz der Polizisten gegen psychisch erkrankte Personen, welches nicht selten tödlich für diese verläuft. Reul nimmt seine Freunde aber weiter in Schutz; dem WDR erklärt er, dass der Umgang der Beamten mit psychisch erkrankten Personen Teil der Grundausbildung ist und die Polizisten bestens darin geschult sind, auffälliges Verhalten zu identifizieren und darauf angemessen zu reagieren. Warum dann Maschinenpistolenschüsse nötig sind, um einen Menschen mit Suizidabsichten aufzuhalten, bleibt dabei ungeklärt. Oder warum seine so erfolgreich geschulten Beamten nicht einmal in der Lage waren, die Sprache des jungen Mannes aus Dortmund zu identifizieren und auf ihn in Englisch und Deutsch einredeten, obwohl er Französisch sprach, bleibt ein

Das Landeskriminalamt NRW entwickelte dieses Programm, um präventiv gegen „Amoktaten, Stalking, häusliche Gewalt und ähnliche Delikte“ (WDR) vorzugehen. Schade nur, dass die Polizei eigentlich nur befugt ist, einzugreifen, wenn es um die konkrete Gefahrenabwehr geht. Um diese Problematik zu umgehen, spannte man andere Institutionen zum „interdisziplinären Austausch“ mit ein, so etwa psychiatrische Einrichtungen, Schulen, Gesundheitsämter und Jugendhilfeeinrichtungen. Behörden in Münster, Kleve und Bielefeld waren seit März 2021 mit dem Test des Pilotprojekts beauftragt und überprüften 66 Fälle von identifizierten „Risikopersonen“, seit Mai diesen Jahres startet nun die Einführung in allen 47 Kreispolizeibehörden NRW's. Um den Erfolg des Pilotprojekts zu untermauern, führt Reul bei allen Interviewpartnern das gleiche glorreiche Beispiel an, wie ein junger Mann identifiziert werden konnte, der sich Bücher zum Thema Amok ausgeliehen hatte

wohlbehütetes Rätsel. Nach neuerer Beweislage lag im Übrigen nicht einmal eine Gefahrensituation vor. Entgegen der Aussagen der Polizei zufolge ist nun bewiesen, dass der junge Dortmunder nie auf die Polizei „zustürmte“. Dem Monitor erläuterte Polizeiwissenschaftler Behr die Inschutznahme Reuls seiner Beamten so:

„Üblicherweise eignen sich die politisch Verantwortlichen, also hier Minister, die Version der Polizei an, werfen sich entschuldigend vor die Beamten und lassen wenig Fragen offen, dass die Polizeibeamt:innen in Notwehr gehandelt haben. Das tun sie so lange, bis sie nicht mehr anders können, weil es objektive Beweismittel gibt, die sie zwingen, von ihrer Position abzurücken.“

Genauso war es auch im Essener Fall um Adel B. 2019, in dem ein Beweisvideo auftauchte, das die Polizei belastete; weiter bei einem nackten Mann in Essen-Leithe im April diesen Jahres, wobei ebenfalls ein Beweisvideo auftauchte, oder bei einem der beiden Mannheimer Polizeiopfer, die in diesem Jahr getötet wurden – auch hier ein Beweisvideo. Im Falle Jozefs, ebenfalls aus diesem Jahr, konnten die Beamten noch schnell genug alle Videos der Passanten löschen. Belangt wurden die Beamten bislang in keinem der Fälle.

Es stellt sich die Frage, ob Reul es langsam leid ist, ständig zum Zurückrudern gezwungen zu werden und dies verhindern will, indem er psychisch auffällige Personen schon vor einer Konfrontation mit der Polizei aus dem Verkehr zieht. Wo kein Opfer, da kein Täter und keine Nötigung zu fadenscheinigen Ausreden.

Weiter wäre klarzustellen, dass es statistisch überhaupt nicht haltbar ist, dass psychisch erkrankte Personen häufiger Straftaten begangen als die sogenannte Normalbevölkerung. Die Aussage, dass psychische Beeinträchtigung zu mehr Aggressionen und Angriffen führe, gilt inzwischen als widerlegt.

Mit dem Kriterienkatalog zur Früherkennung von Risikopersonen versuchen NRW-Sicherheitsbehörden, Personen auffindig zu machen, die bisher strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten sind. Die Polizeibehörden bedienen sich dafür der Informationen anderer Institutionen, da ihnen selbst noch keine vorliegen, es handelt sich schließlich um Präventivmaßnahmen.

Fallkonferenzen, wie für „politische Gefährder“, werden nun auch über polizeiunbekannte psychisch auffällige Personen, die innerhalb der verschiedenen Institutionen in irgendeiner Weise mit Gewalt in Verbindung gebracht werden, geführt. Da, wo die Befugnisse der Polizei noch nicht einsetzen, sind die eingebundenen Institutionen am Hebel. Kliniken und Gesundheitsbehörden generieren also das, was die Sicherheitsbehörden gar nicht wissen dürften. Datenschutzrechtlich ist das natürlich völlig unbedenklich, so Reul. Aber sind es nicht besonders Institutionen aus dem Gesundheitssektor, die im höchsten Maße der Schweigepflicht unterliegen?

Wenigstens hat das LKA mit dem Innenminister alles dafür gegeben, um der Stigmatisierung vorzubeugen. Fett gedruckt und prominent platziert beginnt der Leitfaden Periskop nämlich mit den Worten: *„Es besteht kein Generalverdacht gegen Personen mit psychischen Beeinträchtigungen oder Störungen!“*. Ganz schön piffig, da kann nichts mehr schiefgehen, steht schließlich auf dem Deckblatt. Das sollte auch die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie beruhigen, die vor der Gefahr der weiteren Stigmatisierung psychisch Erkrankter durch Periskop warnte. Zum Glück kann nur eine Person zu einem Fall der Periskop-Früherkennung werden, die *„aufgrund ihres individuellen Verhaltens eine Gefahrenlage verursachen KANN“*. Mit dieser Definition ist im Grunde niemand davor geschützt, nicht auch irgendwann auf Reuls Periskopradar zu erscheinen.

Mit dem Risikofrüherkennungsverfahren wird eine noch weitreichendere Überwachung der Bevölkerung möglich, was sich in die allgemeine Militarisierung der Gesellschaft einreicht. Davon betroffen sind insbesondere Personen, die sich noch nie etwas haben zu Schulden kommen lassen. Zur Unterstützung sind hier besonders die Institutionen involviert, die eigentlich Schutzräume bieten sollen. Psychisch auffällige Personen werden weiter stigmatisiert, indem sie, entgegen sämtlicher Behauptungen des Innenministers, potenziell zu Tätern gemacht werden. Wobei sie häufiger Opfer der Polizei werden, als je als Täter in Erscheinung treten. So schwammig, wie die Begründung für den Einsatz dieses Verfahrens begründet ist, kann es willkürlich oder auch gezielt gegen unliebsame Bewegungen eingesetzt werden. •

WARNSTREIKS IN DEN UNIKLINIKEN



Aktuell streiken im Land Baden-Württemberg die Unikliniken. Grund dafür ist die Forderung nach höheren Löhnen. In Tübingen, Ulm, Heidelberg und Freiburg kam es bereits vom 24. bis zum 28. Oktober zu mehrtägigen Warnstreiks, an welchen sich Tausende von Pflegekräften beteiligten. In Ulm beteiligten sich 300 Pfleger, in Freiburg waren es über 700, in Heidelberg 800, und in Tübingen beteiligten sich ganze 1.200 Beschäftigte an dem Streik.

Dass alles teurer wird, merken wir alle. Lebensmittel, Heizen, oftmals auch die Miete, für alles, was wir zum Leben brauchen, müssen wir immer mehr bezahlen. Für viele reicht das Geld am Ende des Monats mittlerweile nicht mal mehr, um vernünftig zu Essen, geschweige denn, sich irgendetwas wie einen Kinobesuch oder einen Ausflug zu gönnen. Während nämlich alles um uns herum teurer wird, steigen unsere Löhne nicht an. Das ist, wie die Folgen der Wirtschaftskrise auf unseren Rücken, auf den Rücken der Arbeiterklasse abgewälzt werden!

Von der Gewerkschaft Verdi wurde daher in den Tarifverhandlungen eine Gehaltserhöhung von 10,5

Prozent, mindestens aber eine Erhöhung von 375 Euro, unter anderem für medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten sowie Pflege- und Verwaltungskräfte der Unikliniken gefordert. Das Gegenangebot der Kliniken sah jedoch lediglich eine steuerfreie Einmalzahlung von 2.100 Euro sowie eine Steigerung der Gehälter um sechs Prozent in zwei Stufen, und das erst ab Januar 2024, vor.

Bei Annahme dieses Angebotes hätten die Beschäftigten die ganze inflationsbedingte Entwertung ihres Einkommens in den Jahren '22 und '23 tragen müssen. Zurecht wurde dieses freche Angebot von den Arbeitern zurückgewiesen und den gerechtfertigten Forderungen durch Warnstreiks Nachdruck verliehen. Die Kliniken reagierten darauf mit einem weiteren Angebot. So wurde jetzt eine Einmalzahlung von 4.200 Euro angeboten. Zu einer Tabellenerhöhung würde es aber auch erst im Jahr 2024, und zwar im Juli kommen. Dabei hätte der ausgehandelte Tarifvertrag auch nur eine Laufzeit bis zum 31. Juli 2024. Auch dieses unverschämte Angebot wurde daher entschlossen von den Beschäftigten der Unikliniken zurückgewiesen. Vom 28. November bis zum 1. Dezember finden nun die nächsten

Warnstreiks statt, und auch diesmal werden wieder zahlreiche Pflegekräfte auf die Straße gehen, um für die Erhaltung ihrer Löhne zu kämpfen.

Gerade in der Pflege existiert für die Beschäftigten neben dem Fakt, dass ihr Lohn immer weniger wert hat, auch noch das Problem, dass sie oft unter sehr hoher Arbeitsbelastung leiden. Der Grund dafür ist die miese Lage, welche in den Krankenhäusern schon seit vielen Jahren vorherrscht. Zu viele und zu intensive Patienten für zu wenig Mitarbeiter, das ist trauriger Alltag in der Pflege. Oft bleibt nicht die Zeit, die Patienten richtig zu versorgen, geschweige denn, sich einfach mal hinzusetzen und mit ihnen über ihre Sorgen und Probleme zu sprechen. Durch den hohen Stress, dem die Pflegekräfte dadurch ausgesetzt sind, steigt das Risiko von Fehlern, die gemacht werden. Fehler, die im medizinischen Bereich, je nach Situation, gerade wenn viele sehr intensive Patienten gleichzeitig behandelt werden, auch Leben kosten können.

Doch nicht nur die Patienten – auch die eigene Gesundheit der Pflegekräfte leidet darunter. Arbeitschutzregeln wie vorgeschriebene Pausenzeiten und Ruhezeiten zwischen den Schichten sind für Beschäftigten in der Pflege oft nicht mehr als ein schlechter Witz. Jede Pflegekraft weiß, wie es ist, keine Pause zu machen, weil dafür einfach keine Zeit ist. In vielen Einrichtungen ist dies oftmals sogar die Regel. Oft müssen die Beschäftigten Schichtwechsel machen, ohne dazwischen die festgelegten Ruhezeiten zu erreichen. Jeder, der in der Pflege arbeitet, weiß auch, wie es ist, zwei Wochen am Stück ohne freie Tage durchzuarbeiten. Die Arbeit an sich besteht oftmals daraus, von Anfang des Dienstes bis zum Ende von Patient zu Patient zu rennen und anschließend total kaputt und fertig in den Feierabend zu gehen.

Aufgrund dieser Bedingungen leiden sehr viele Pflegekräfte – neben den massiven physischen Folgen (jeder, der lange genug in der Pflege arbeitet, macht sich irgendwann seinen Rücken kaputt) – auch unter einer starken Verschlechterung des psychischen Zustands. So ist die Pflege eine der Berufsgruppen mit dem höchsten Burnout-Risiko für beschäftigte Arbeiter. Psychische Erkrankungen im Zusammenhang mit Burnout traten im Jahr 2021 in Pflegeberufen fast doppelt so häufig auf wie in anderen Berufsgruppen.

Ein wesentlicher Grund für diese Missstände in der Pflege ist der Personalmangel, welcher in diesem

Bereich schon lange existiert. Und es wird immer schlimmer! Immer mehr Pflegekräfte entscheiden sich, ihren Beruf zu kündigen und sich eine andere Arbeit zu suchen. Angeblich möchten die Politik und die Kliniken das ändern, aber in der Realität sind diese Aussagen nicht mehr als heiße Luft. Anstatt die Löhne konsequent zu erhöhen und damit attraktivere Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, was auch mehr Leute dazu bringen würde, in diesem Bereich zu arbeiten, stellen sich die Kliniken quer, wenn es um einfache Minimalforderungen der Beschäftigten geht. Angeblich wollen alle die Pflege attraktiver machen, doch die Unikliniken sind nicht mal dazu bereit, zu verhindern, dass die Löhne der Beschäftigten entwertet werden. Und die Politik investiert gleichzeitig 100 Milliarden ins Militär, anstatt eine ausreichende Lohnerhöhung in den Krankenhäusern durchzusetzen. Wir sitzen definitiv nicht alle im gleichen Boot!

Am Ende des Warnstreiks, dem 1. Dezember, ist auch der nächste Verhandlungstag. Zum aktuellen Zeitpunkt, an dem dieser Artikel geschrieben wird, können wir noch nicht sagen, wie die Verhandlungen ausgehen werden. Wir möchten allerdings gegenüber den Beschäftigten in den Unikliniken bekräftigen, dass sie sich nicht mit einem mickrigen Angebot der Kliniken abspesen lassen sollen. Die Forderung, welche die Streikenden auf ihre Fahnen geschrieben haben, sind nicht zu hoch oder zu übertrieben, es ist lediglich die Forderung, dass ihr Lohn erhalten bleibt und nicht durch die Inflation aufgeessen wird. Für diese Forderung muss entschlossen gekämpft werden, und keineswegs dürfen sie sich mit weniger zufrieden geben! •



VON DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI (NICHT) EMPFOHLEN: „AM ENDE DER WORTE“

Mitte November hat die ARD die Eigenproduktion „Am Ende der Worte“, welche in der deutschen Presse kritische Aufmerksamkeit bekommen hat, ausgestrahlt und in ihrer Mediathek hochgeladen. In dem Action-Thriller mit der Schauspielerin Lisa Vicari in der Hauptrolle geht es um die Versetzung einer jungen Polizistin zu einer Einheit der Bereitschaftspolizei in Hamburg.

Bei der Hamburger Abteilung der „Gewerkschaft der Polizei“ und ihren stellvertretenden Chef Lars Osburg löste der Film jedoch „Enttäuschung und Entsetzen“ aus. *„Der Film besteht aus einer Aneinanderreihung von Vorurteilen gegen meine Kolleginnen und Kollegen, die wir in aller Deutlichkeit zurückweisen“*, berichtet Osburg und kommt zu dem Schluss: *„Wir können den Film nicht empfehlen.“* Was so tiefe Gefühlsregungen und Hobbyfilmkritik beim Zweitchef des Hamburger Polizeipropagandaorgans auslöst, ist für uns Grund genug, uns diesen Film einmal genauer anzugucken. Schließlich muss die Regisseurin Nina Vukovic ja einen sehr wunden Punkt getroffen haben, wenn Oberbullen jetzt pressewirksam erzählen, dass man diesen Film eher nicht schauen soll.

Und der Film greift tatsächlich ein paar interessante Fragen auf und popularisiert auf eine Weise das typische Vorgehen der Polizei in deutlicher, und dem Spielfilmcharakter entsprechend natürlich actiongeladenen und überzogenen Darstellung. Aber anders als beim „Tatort“, „Polizeiruf 110“ und den ganzen anderen Filmen und Serien, die es aus Deutschland so gibt, wird die Polizei hier deutlich realitätsnäher abgebildet, und man sieht, wie im Drehbuch immer wieder klassische Verhaltensmuster der Polizei eingearbeitet werden: Verhaftete werden misshandelt und direkt mit Anklagen wegen Zuwehrsetzung gegen Polizeibeamte überzogen, es werden illegale Durchsuchungen durchgeführt und im Anschluss über den Anlass gelogen, Beweismittel vernichtet, und es gibt zwischendurch immer wieder massive Drogenexzesse. Hier stand offenbar die Berichterstattung über die Bereitschaftspolizei während G20 Pate für das Drehbuch. Und vor allem gibt es Korpsgeist: Wer sich gegen die Truppe wendet, in dem er z.B. vor Gericht nicht lügt, um seine Kollegen zu decken, wird

als Nestbeschmutzer betrachtet, von seinen Kollegen verprügelt oder bekommt im Einsatz keine Rückendeckung. Vorgesetzte rechtfertigen ohne Nachfrage jedes Verhalten ihrer Abteilungen.

Die Bereitschaftspolizeien sind geschlossene Einheiten, die besonders gegen Demonstrationen, gegen Streiks, bei Fußballspielen, oder, zunehmend, der Kontrolle und Besetzung von Arbeiterstadtteilen eingesetzt werden. Sie sind besonders ausgebildet und zusammen kaserniert, das heißt sie wohnen und trainieren die ganze Zeit zusammen, um besonders schnell ausrücken zu können. In genau eine solche Einheit wurde nun die junge Polizistin Laura Räuber versetzt, denn normalerweise ist es notwendig, eine bestimmte Dauer bei der Bereitschaftspolizei („BePo“) abzuleisten, damit man im gehobenen Dienst der Polizei arbeiten darf.

Der Film ist spannend und mitreißend gemacht, und Laura wird ins Einsatzgeschehen geschmissen, ihr erster Auftrag unter ihrem Gruppenführer Lupus ist der patriarchale Mord eines Manns an seiner Frau und sein anschließender Suizid. Lauras Bullenkollegen kommentieren diese Tat mit *„Jede Wette, die ist dem Freund fremdgegangen“*, so wird der Mord an einer Frau auf das Opfer geschoben. So weit so realistisch, wissen wir doch aus der Praxis, dass die Polizei auch bei den Frauen kein Freund und Helfer, sondern Unterdrücker ist. Laura ist von diesem ersten Einsatz überfordert und muss sich erst einmal erbrechen, bevor ihr aus dem Haus geklauter Wodka von ihrem Gruppenführer angeboten wird. Einen Döner später kommt auch schon der nächste Einsatz.

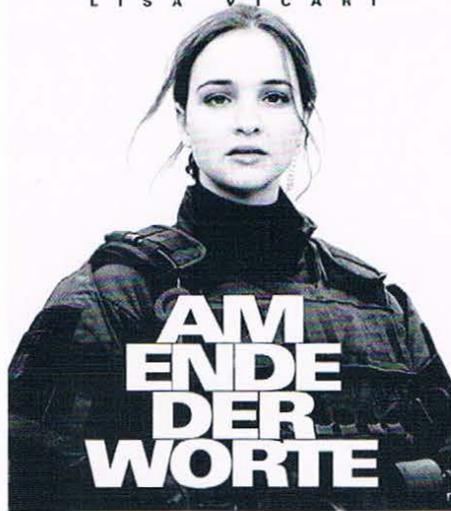
Ein Verdächtiger auf der Frauentoilette einer Kneipe. Laura stößt die Tür auf und fängt sich erst mal die Tür gegen die Nase, ihr gegenüber steht eine verheulte und blutende Frau mit einem Messer in der Hand, welche keine Lust auf die Polizei hat. Laura versucht, die Situation zu deeskalieren und verspricht der Frau, sie laufen zu lassen, wenn diese das Messer wegschmeißt. Sie erzählt ihr von ihrem ersten Tag, vom Erbrechen, von Überforderung. Die Frau nimmt das Messer runter, Laura hält ihr Versprechen und lässt sie gehen. Vor dem Laden versuchen die anderen Bullen, allen

voran Gruppenführer Lupus, die Frau zu schikanieren. Als Laura raus kommt, macht sie sich für die Frau stark, schreit sogar ihren Chef an, so dass die Frau gehen kann. Später findet Laura noch das Portmonee der Frau und findet heraus, dass diese geflüchtet ist. Laura geht nach ihrer Schicht privat zum Geflüchtenheim und gibt der Frau, die Amila heißt, ihre Sachen zurück, die beiden gehen ein Bier trinken, Laura fragt sie, ob sie nicht doch ihren Schläger anzeigen will und erfährt, dass dieser der Bruder von Amila ist und sie nicht mithilfe der Polizei gegen ihn vorgehen will. Die Message, die hier vermittelt werden soll, ist klar; Laura ist jung, naiv und unverbraucht, sie geht mit humanistischen Idealen zum Dienst, sie will Menschen helfen. Die Stärke des Films ist aber nicht die Darstellung einer netten Polizistin, sondern die ihrer Entwicklung.

Es folgen weitere Einsätze, beispielsweise auf einer nicht-angemeldeten Party, einer Großdemonstration und einer illegalen Durchsuchung, gefolgt von Drogenexzessen oder widerlichen Ritualen, brutalen Polizeiangriffen auf rebellierende Massen, intime Techtelmechtel unter Kollegen, usw. Immer wieder wird der Handlungsfaden um Amila aufgegriffen, ihr Bruder wird vorgestellt, und das Verhältnis von Amila und Laura weiter beleuchtet. Der Höhepunkt des Films ist der Einsatz der Einheit in einer Asylunterkunft, weil die Geflüchteten gegen die willkürliche Schließung der Essensausgabe rebellieren. Lupus und Laura sehen im Tumult den Bruder von Amila und verfolgen ihn, Lupus und der Bruder landen auf dem Boden und ringen um die Waffe. Im Handgemenge wird die Waffe weit entfernt geschleudert und die Gefahr ist bereits abgewehrt, da schießt Laura Aminas Bruder in den Bauch. Im Nachgang lügt Lupus in seinem Bericht und schreibt, er wäre mit einem Messer bedroht worden und Laura hätte ihm nur Nothilfe geleistet. Den Lesern dieser Zeitung wird bei diesem Vorgang etwas klingeln: Fast immer, wenn die Polizei Menschen in Deutschland per Schusswaffe ermordet, soll sie zuvor mit einem Messer angegriffen worden sein. In der Wirklichkeit gibt es jedoch entweder kein Messer, oder es wurden explizit keine Polizisten bedroht, wie die Fälle von Mohamed Drame, Adel B. oder Sammy Baker zeigen.

Laura nickt im Folgenden den Bericht ab und der BePo-Chef erklärt sie zur Heldin der Einheit, doch

L I S A V I C A R I



Amila bittet sie, die Lüge vom angeblichen Messer aufzudecken, weil ihr Bruder sonst abgeschoben wird. Laura weigert sich jedoch und Amila zeigt ihr darauf ein Video des Vorfalls, welches beweist, dass kein Messer im Spiel war. Laura, die daraufhin psychisch zusammenbricht, geht zu Lupus und berichtet ihm von dem Video. Zusammen mit ihren Kollegen fahren sie daraufhin zur Geflüchtetenunterkunft, zerren

Amila in den Wagen und entführen sie. Lupus und eine andere Bullin fangen an, Amila zu misshandeln, sie fragen sie, ob sie das Video verbreitet hat. Als Amila verneint, machen sie ihr Handy kaputt, sie würgen sie schwer, stecken ihr Finger in den Mund, schlagen sie und ziehen sie aus.

Als dann die Gerichtsverhandlung gegen den Bruder von Amila ansteht, wird dieser freigesprochen, weil ein Kollege von Laura die Lüge nicht mitträgt. Dieser wird verprügelt und später suspendiert. Der Film endet mit einer Szene, in der Laura bei ihrer Familie sitzt und im Fernsehen das Video und der Schusswaffeneinsatz besprochen werden. Laura nimmt daraufhin ihre Waffe aus dem Safe und fährt wieder nach Hamburg zur Wohnung von Amila und ihrem Bruder. Sie richtet wortlos die Waffe auf die Familie. Dann geht sie und der Film ist vorbei.

So viel zur Handlung. Wer den Film sehen möchte, findet ihn hoffentlich bald wieder in der Mediathek der ARD, wo er umsonst geschaut werden kann. Er ist cineastisch gut gemacht, spannend gehalten und actiongeladen, und trotz all dieser „Spielfilmqualitäten“ bietet er ein alle mal authentischeres Bild der Polizei als die üblichen Reportagen, die man zum Thema findet. Die Bullen decken einander, lügen vor Gericht, vernichten Beweismittel, schüchtern Angeklagte juristisch und anderweitig ein, begehen illegale Durchsuchungen und werden von ihren Vorgesetzten dabei gedeckt. Das ist keine Erfindung, das ist keine „künstlerische Freiheit“, sondern Dramatisierung und filmerische Darstellung einer Realität, in der die Bullen immer wieder, anders als hier im Film, nicht nur auf ungerechtfertigte Weise auf Menschen schießen, sondern diese dabei auch töten und im Anschluss in ihren Einheiten und von ihren Vorgesetzten als „Helden“ gefeiert werden. •

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM JANUAR

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

07. JANUAR | 14 UHR
DEMONSTRATION IN GEDENKEN AN DURY JALLOH
HAUPTBAHNHOF DESSAU

15. JANUAR | 10 UHR
LENIN-LIEBKNECHT-LUXEMBURG-DEMONSTRATION
FRANKFURTER TOR | BERLIN

LOKALE KONTAKTE

BADEN-WÜRTTEMBERG

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |
interkollektivfr@protonmail.com

BERLIN

Internationalistisches Kollektiv Berlin |
inter_kollektiv@gmx.de

BREMEN

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk.bremen@gmx.de
Rotes Kollektiv Bremen | rotes-kollektiv-bremen@riseup.net

HAMBURG

Kollektiv Rotes Hamburg | rotes_kollektiv@gmx.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Rebellion Ruhr | rebellionruhr@web.de

DAS TITELBILD

Proteste gegen die „Null-Covid-Politik“ der chinesischen Sozialimperialisten in Shanghai.

Quelle: thehindu.com

**ROTE
POST** 